

politisch, ideologisch, sondern auch organisatorisch verbreitern konnte.

Aber neben diesen positiven Momenten ist es nötig, die Lehren aus dieser Kampagne auch in dem Sinne zu ziehen, daß

die zahlreichen Schwächen und Mängel unserer Arbeit durch offene rücksichtslose Selbstkritik aufgezeigt werden. Im Mittelpunkt dieser Aussprache muß unzweifelhaft das große Mißverhältnis zwischen dem politischen und organisatorischen Einfluß der SPD stehen, das sich vielleicht noch nie so kraß wie diesmal bemerkbar machte.

Und noch eins. Klar ist, daß die massenpsychologische Seite der Panzerkreuzerkampagne nicht genügend beachtet wurde. In unzähligen Fällen konnten unsere unermüdblich agitierenden Genossen und KZB-Kameraden von den Arbeitern, die sie zur Eingedenkung aufforderten, die Antwort hören: „Wir sind gegen Panzerkreuzer, aber wir haben uns ja vor 2 Jahren beim Volksbegehren für Fürstenabfindung eingesetzt, und es hat nichts genützt. Es wird jetzt auch nichts nützen!“ Unzweifelhaft hat die SPD durch ihre verlogene Argumentation zu dieser Stimmung auch beigetragen. Aber sie ist auch ohne diese Beeinflussung in den breiten Schichten der Bevölkerung vorhanden gewesen. Und unsere Propaganda trug dieser Stimmung lange nicht genügend Rechnung.

Die größte Lehre des Volksbegehrens ist die doppelte Erkenntnis: Die ungeheure Mehrheit der wertvollen Bevölkerung Deutschlands weiß nichts von Kriegsgefahr, nichts von Kriegerleistungen der deutschen Ausbeuterklasse, nichts von dem Verrat der Reformisten. Geben wir vom Elend und von den tausend Nöten und Sorgen des Alltags, leben sie ohne irgendwelche politische Aufklärung stumpf dahin. Und die andere Erkenntnis: Die Massen sind nur so lange willige Werkzeuge des Imperialismus, bis sie aufgeföhrt werden. Sie können für den Kampf gegen Krieg und Elend, gegen Unterdrückung, für den Kampf um ihre eigenen Interessen gewonnen werden. Unendlich groß sind die Aufgaben und die Schwierigkeiten, die vor uns stehen. Unendlich groß aber auch die Möglichkeiten für die Verbreiterung und Vertiefung unserer Einflüsse in den wertvollen Massen.

Die kommunistische Partei bezeichnete das Volksbegehren in ihrem Aufruf als den ersten Schritt, den ersten Appell zum Massenkampf gegen imperialistische Kriegsvorbereitungen, gegen Panzerkreuzerkrieg und Koalitions-politik.

Der Kampf geht weiter auf der ganzen Linie.

Durch die Aussperrung von hunderttausenden Arbeitern, die es wagen, höhere Löhne zu fordern, kündigt das Monopolkapital seinen Kurs auf verschärfte Unterdrückung und Niederhaltung der Arbeiterklasse an. Drohend ziehen sich die Kriegswolken am internationalen Horizont zusammen. Inmitten des wilden Wettstreits der imperialistischen Staaten der ganzen Welt, inmitten der offenen und verhängten Unterdrückung des kriegsflüchtigen deutschen Imperialismus durch die Reformisten, inmitten der wütenden Hege und Verleumdungskampagne gegen den ersten Arbeiterstaat und gegen die SPD, steht die Partei, gestützt auf die breiten Sympathien der wertvollen Massen, uner-schütterlich da, verbreitert und vertieft ihren Einfluß, forgiert ihre Fehler durch sachliche Selbstkritik und führt die proletarischen Massen Deutschlands neuen, höheren, revolutionären Kämpfen entgegen.

Wieder ein trecher Schwindel der sozialdemokratischen Presse

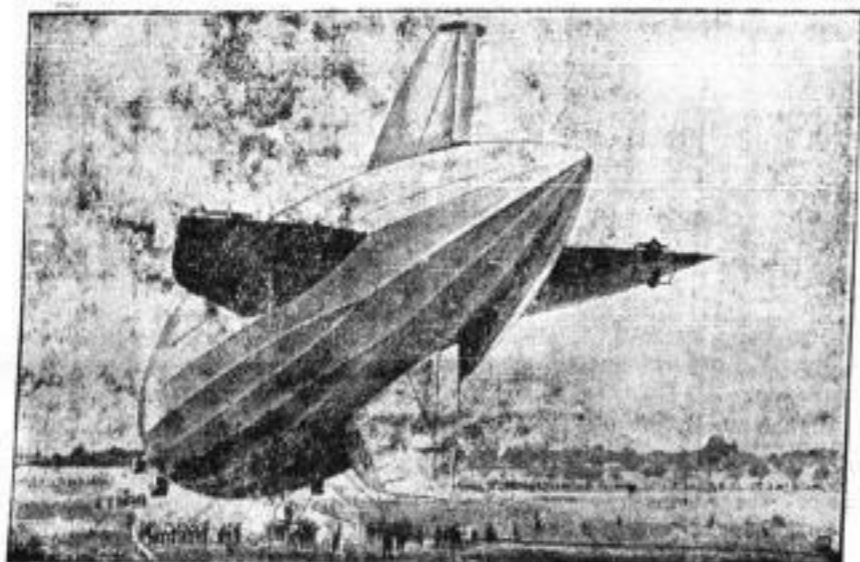
Die letzte Nummer des Arbeiterblattes brachte eine Meldung über einen angeblichen Brief des Genossen Stalin an das ZK der SPD.

Diese Meldung ist von A bis Z erlogen. Selbstverständlich bringt auch die SPD-Presse dieses Phantasieprodukt. Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen über diese Methoden, sie tagtäglich zu beschwätzen und zu betonen, ihr Urteil bilden!

Nach der Landung des Zeppelins

Die Ankunft des havarierten Zeppelins in Amerika hat den imperialistischen Zeppelinsturm zur wahren Drohe gesteigert. Daß die monopolistische Ausbeutung des Nachrichtenapparates, die sich in diesem Falle kraßer als je bemerkbar machte, zur Unterschlagung der Tatsache außerordentlich trübseligen Stoppens der Fahrt geführt hat, zur Verführung von Millionen über die wahre, fast katastrophale Lage des Luftschiffes, das während neun Stunden steuerlos bis zu den Bermuda-Inseln zurückgeblieben worden war und in dem Kummer leicht versinken mußte, ist im nachhinein fast alle bürgerlichen Zeitungen zu geben müßten, was am Montag in Deutschland nur die „Welt am Abend“ berichtete, daß nämlich am Sonntag das Luftschiff von 11 Uhr normittags bis fast 21 Uhr abends in einer Riesenschleife wegen seiner havarierten Steuermechanik Hunderte von Kilometern zurückgedrückt worden war, wagen doch diese gleichen Wälder die einzige Zeitung, die rechtzeitig über die drohende Lage berichtete, als „Sonne des Alpha“ zu beschimpfen, die man „publizistisch mundtot machen mußte“.

Gestern hatten noch einige Wälder, darunter die „Kölnische Zeitung“, in emanzipierter Was gegen die großen Profiteure einiges interessante Material über ihr Pressegeschick mit der Zeppelinfahrt enthält. So teilte beispielsweise die „Kölnische Zeitung“ mit, daß die Hearst-Presse über eine Viertelmillion Mark und die Berliner Verlage Müllerin und Scherl Kaufsummen zwischen 15 000 und 30 000 Mark dafür bezahlt haben, daß sie



Unter Wiffells Knute

Dr. Joetten Vertrauensmann des SPD-Ministers

Osnabrück, 16. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Die heutige vom DMB einberufene Funktionär-Konferenz, die zu der Lohnbewegung in Nordwest Stellung zu nehmen hatte, bestand rund aus 100 Ortsgruppenleitern des DMB und nur wenigen Betriebsräten, die dazu noch nicht einmal von den Arbeitern delegiert, sondern von der DMB-Zentrale bestimmt worden waren, so daß die Opposition ganz schwach vertreten war. Einleitend teilte der Vorsitzende Wolf mit, daß er gegen die Bestellung von Dr. Joetten als Schlichter beim Reichsarbeitsminister persönlich Einspruch eingelegt habe.

Während der Konferenz wurde aber bekannt, daß der SPD-„Genosse“ Wiffell auf diesen Einspruch geantwortet und erst recht Dr. Joetten als Schlichter bestellt hatte. Wolf gab weiter noch bekannt, daß auch das Arbeitsabkommen zum nächstzulassigen Termin (31. Dezember) gekündigt werde. Zu der jetzigen Situation wurden von der Verbandleitung keinerlei ernsthafte Kampfmaßnahmen vorgeschlagen, ebenso von der reformistischen Mehrheit nicht beabsichtigt. Dagegen wurde eine Vertrauensdelegation für den Vorstand angenommen.

Im Namen der Opposition gab darauf ein Genosse eine Erklärung ab, in der gegen die Zusammenkunft dieser Konferenz auf das schärfste protestiert und betont wird, daß deren Beschlüsse nicht dem Willen der Mitglieder entsprechen. Die von der Opposition vorgelegte Entschließung fordert eindeutig und klar die Durchsetzung der Arbeiterforderungen durch Aufnahme des Kampfes.

Zur Charakteristik des von Wiffell bestellten Schlichters, Oberlandesgerichtsrat Dr. M. Joetten, Köln, folgendes: Es ist derselbe Schlichter, der im vorigen Jahre, bestellt von dem damaligen Zentralminister Dr. Brauns, den beispiellos standhaften Schlichterspruch im Hüttenarbeiterkonflikt fällte. Wenn damals die Arbeiter mit lumpigen 2 Pfennig Lohnerhöhung abgepflegt, wenn sie, wie damals der Vorwärts selbst schreibt, „ein weiteres Jahr zur Hölle der 12-Stunden-Schicht gezwungen“ wurden, so war es vor allem dem Schlichter Dr. Joetten zu danken. Alle SPD- und Gewerkschaftsblätter nahmen damals scharf gegen Dr. Joetten Stellung.

Dieser Schlichter, diesen bekannten Schlichter des Großkapitals, bestellt jetzt der Sozialdemokrat und ehemalige SPD-Angehörige Wiffell wieder zum Schlichter. Dilemme Kapitalverleiher vertraut er einen Spruch für 200 000 Arbeiter, die Entscheidung der politisch wichtigsten Bewegung Deutschlands an, das heißt, Wiffell will den Willen des Großkapitals; seinen Vorschlag Lohnerhöhung durchzuführen. Er ist der Mann, der dem Großkapital seine Kleinstprofite liefert.

Ein Schandstreich Wiffells

Der Schiedspruch für das niederschlesische Steinkohlenrevier verbindlich erklärt

II. Berlin, 16. Oktober.

Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten im niederschlesischen Steinkohlenrevier am 13. Oktober gefällte Schiedspruch ist heute vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Ueber die Wiederannahme der Arbeit haben die Parteien im Reichsarbeitsministerium eine Vereinbarung abgeschlossen.

Dieser Schiedspruch ist ein Faustschlag in das Gesicht der Bergarbeiter, denen die Heuchler Wiffell und Scoringer bei ihrer Schlichterrolle Hilfe versprochen haben. Die sozialdemokratische Lügenpolitik triert auch in diesem Falle Triumphe. Wie lange die sozialdemokratischen Wähler und Mitglieder diesen Schritt für Schritt selbst entlarrenden Demagogien Gerechtigkeit leisten werden, wissen wir nicht, doch es oder einmal ein böses für die SPD-Führer turchbares Erwachen aus dem Illusions-traume geben muß, ist angesichts der Politik der SPD-Staatsmänner nicht zu bezweifeln.

Sozialdemokratischer Regierungspräsident nimmt Ausdauernden das Brot!

Bekanntlich haben die Stadtverordnetenverordnungen der Städte im linksrheinischen Aussperrungsgebiet auf Antrag der Kommunisten beschloffen, daß sämtliche Aussperrerte kommunale Unterhaltung erhalten sollen. Jetzt aber hat der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann in Düsseldorf die

Aussperrung dieser Unterhaltungen verboten! Er hat Richtlinien ausgegeben, welche vorschreiben, daß die Unterhaltung ausgesperrter Arbeiter streng nach den Vorschriften der Fürsorgepflichtverordnung zu regeln sei, d. h. insbesondere in jedem einzelnen Falle die Prüfung der Bedürftigkeit (!) vorgenommen wird, und daß dabei auch sämtliche Streitvorgängen berücksichtigt wird! — Diese Anordnung Bergemanns ist beliers berückichtigt wird! — Diese Anordnung Bergemanns ist beliers berückichtigt wird! — Diese Anordnung Bergemanns ist beliers berückichtigt wird!

Die individuelle Prüfung der Bedürftigkeit ist ein wahrer Hohn auf die wirkliche Elendslage der ausgesperrten Textilarbeiterschaft und kann zu nichts führen, als zu enstolzen Schlarbeiterschaft und Entschung der Unterhaltung. Seine Anordnung, lassen und Entschung der Unterhaltung, zu rechnen sind, daß die Streitunterhaltungen als „Einnahme“ zu rechnen sind, d. h. derjenige, der schon eine Streitunterhaltung von seinem Verband bezieht, keine weitere Unterhaltung von der Kommune zu beziehen hat, ist ein direkter Angriff auf die Gemeindefürsorgeorganisationen.

Diese brutalen Maßnahmen des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten sind auch gegen die Metallarbeiter der Nordwestlichen Gruppe gerichtet, die vor der Aussperrung stehen.

Es muß von jedem Arbeiter klar erkannt werden, daß in den Wirtschaftskämpfen die sozialdemokratischen Führer gegen die Arbeiter stehen, und es gilt daher, die kommunale Unterhaltung der Aussperrten, wie die Aussperrung der Erwerbslosenunterstützung gegen die Bergemann und Wiffell durchzusetzen.

Stahlwert Pirna vor der Pleite

Nach einer Mitteilung der Volkszeitung steht das Stahlwert Pirna, Gebirg, Hunter vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Passiven sollen 2 bis 3 Millionen Mark betragen. Die Ursache der Zahlungsunfähigkeit soll nicht nur in falschen Dispositionen, sondern auch in Gegenständen der Leistung zu suchen sein. Wahrscheinlich ist die bisher selbständige Firma von den Vertretern der Vertretung zur Strecke gebracht worden. 333 Arbeiter und 55 Angestellte liegen auf der Straße.

Polizeiregime im halleischen Stadtparlament

3 Tage Ausschluss für Kommunisten

Halle, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Pleite des Stahlwerks am Sonntag veranlaßt in der Montagsitzung des Stadtparlamentes der deutschnationalen Vorkämpfer Halle zu einem brutalen Vorhaben gegen einige unserer Genossen, besonders gegen den Genossen Söcker, der kritisierte, daß der nationale Magistrat den Stahlwerksaufmarsch als eine Veranstaltung der Stadt Halle bekanntgemacht hat. Söcker rief die Polizei herbei, und Genosse Söcker und ein anderes kommunistisches Magistratsmitglied wurden unter dem Protektorat der kommunistischen Fraktion für 3 Tage ausgeschlossen.

Franz-Mehring-Haus in Leipzig

Unsere Leipziger Arbeiterzeitung, die „Schöne Arbeiterzeitung“ und die Parteiräume der SPD Leipzig erhielten ein neues Heim, das Franz-Mehring-Haus. Die räumliche Ausdehnung des Unternehmens der „Schönen Arbeiterzeitung“ ist die Folge der künftigen Ausbreitung der kommunistischen Presse auch im Leipziger Gebiet, in der Hoffnung der „Linken“ Sozialdemokratie.

Kommunistische Massenkundgebungen in Prag

Heute vormittag fand das Massenbegegnnis der Opfer der jüdischen Exekutionen in Prag statt. Dem Aufruf der KPD, der revolutionären Gewerkschaften und des Arbeiterausschusses folgend, stellte die Prager Arbeiterklasse die Arbeit ein und beteiligte sich in Massen an dem Trauergang. 35 000 Bauarbeiter von sämtlichen Bauten Prago und Arbeiter vieler anderer Betriebe, kamen im geschlossenen Reihen. In allen Betrieben der Stadt wurde die Arbeit 10 Minuten eingelellt. Der Straßenverkehr wurde unterbrochen, so daß während des Trauerganges vollständige Arbeitsruhe herrschte.

Eine Viertel Million Arbeiter nahmen an dem Umzug teil. Man sah nur kommunistische Standarden und revolutionäre Fahnen, so daß das Begegnnis einen ausgeprägten revolutionären Charakter trug. Während des Umzuges und vor dem Friedhof fanden kommunistische Kundgebungen statt, in denen zahlreiche Redner sprachen. Auf dem Rückweg überließ die Polizei die Demonstranten und nahm viele Verhaftungen vor.

Der Streit in Böhmen

III. Prag, 15. Oktober. Am Sonntag fanden im Revier von Klado-Schlau 35 hartbedachte Bergarbeiterverammlungen statt, in denen die vom Streikauschuss beschlossene weitere Verschärfung des Streiks annehmbar wurde. Die Verschärfung besteht in einer weiteren Verkürzung der Zahl der Arbeiter für den Sicherheitsdienst in den Schächten.

Große Erregung hat sich der Arbeiterklasse auf das Gerücht hin bemächtigt, daß die Arbeiterfamilien, die in den Grubenbetriebe gehörenden Häusern wohnen, die Kündigung erhalten hätten.

Der kommunistische Wahlsieg in Uch

Ein Erfolg revolutionärer Arbeit gegen den Reformismus

Prag, 16. Oktober. (Zuspeforz.)

Bei den Wahlen in der Industriestadt Uch in der westlichen Tschekoslowakei hat die KPD einen großen Sieg errungen, und wurde mit 3450 Stimmen und 10 Mandaten die stärkste Partei. Während andere Parteien nur Stimmenverlust aufweisen konnten, hat die KPD vom Jahre 1924 an bei allen Wahlen Stimmen gewonnen. Im Jahre 1924 hatte die KPD 2174 Stimmen und 7 Mandate, im Jahre 1925 bei den Parlamentswahlen 2625 Stimmen. Die Sozialdemokratie dagegen hatte im Jahre 1924 2260 Stimmen und 8 Mandate, jetzt bei dieser Wahl 1997 Stimmen und 6 Mandate.

Die Arbeiterklasse von Uch hat auf diese Weise auf den Streikbruch der reformistischen Verbandsleitung beim letzten Bauarbeiterkampf geantwortet.

Aufromarxismus Schrittmacher der Reaktion

Nach einer Meldung des Vorwärts aus Wien hat die aufromarxistische Politik bei den Wahlen der Vertrauensmänner im Bundesheer eine neue Niederlage erlitten. Es erhielt der freigewerkschaftliche Verband 233, der christliche Wehrbund 2906 Stimmen. Das bedeutet einen Verlust von 600 Stimmen für den freigewerkschaftlichen Verband, der 21 Mandate erhielt. Der christlich-soziale Wehrbund erhielt 2806 Stimmen und 70 Mandate. Er hat damit 900 Stimmen gewonnen. Das Mißverhältnis zwischen den abgegebenen Stimmen und den Mandaten entsteht dadurch, daß jede Kompanie, ohne Rücksicht auf ihre Stärke, nur einen Vertrauensmann wählt, und der christlich-soziale Wehrmänner Bouloins dafür sorgte, daß riesige rote und weiße Kompanien gebildet wurden.

das Monopol der Nachrichtenvermittlung erhielten. Man kann sich leicht ausrechnen, welche Gewinne sie um diesen Preis erwarteten und wieviel sie erzielten. Die „Kölnische Zeitung“ weiter davon, daß „da das gesamte deutsche Volk zu dem Luftschiff beigetragen hat“, ein besserer Weg hätte gefunden werden müssen, um die Bedürfnisse und das Interesse aller zu befriedigen, das Monopolverhältnis ist ein bedeutendster Verlust, das selbständige Urteil der Öffentlichkeit und der Presse, als Vermittlerin der Nachrichten einzuschränken, wenn nicht zu unterbinden.“ Mit dem Geld und Aufbau der deutschen Presse“ ließe sich das in keiner Weise in Einklang bringen. „Dies Kind, sein Engel ist so rein.“ Die deutsche bürgerliche Presse wäre also nach „Frei und Aufbau“ wachhaltig kein verträgliches Unternehmen. Jeder, der etwas zu melden hat, jeder, der etwas erfahren will, der schreibt in ihr und er liest sie. Von jetzt ab werden die Arbeiter wissen, daß es nur an ihnen liegt, wenn die Journaille ausschließlich im Interesse der Kapitalisten schreibt.

Aber diese Verdrängung der Keinen Häufige über die großen Danks wird ertränkt in dem Interstrom von Fegefeuer. „An der Volks-Zeitung („Frankfurter Zeitung“) preilen die einen, die demokratischen Heiden, den Sieg der deutschen Geistes, den Donner deutscher Motoren über den Boden, den deutschen Kapitalist am Steuer der Luft, deutsche Techniker und Arbeiter an Striden im Gerüst“, so und so ähnlich betiteln die nationalistischen anderen.

Der berechtigte Triumph des trotz aller Schwierigkeiten technischen Geistens des Fluges der tatsächlich ein Zeitalter des Kleinluftschiffes eröffnet, schlägt über in ein tolles, belostenes Siegesgeschrei, das dem gesteigerten Machtbewußtsein der Imperialisten entspringt.

Und das ist die erste Seite des lächerlichen Hummels: der Massenempfang in Amerika, der Willkommensmarsch in Deutschland, die Szenen, die sich dabei abspielten, beweisen, daß von der sportlichen Rührigkeit bis zur imperialistischen Kolonialer nur ein Schritt ist, den Millionen gehen werden, wenn die revolutionäre Bewegung diesem gefährlichen Strom nicht rechtzeitig und nicht gründlich ihren Damm entgegenstellen wird.

Das ist die beschädigte Stabilisierungsläche

ein nicht unwichtiger Teil des Luftschiffes. Unsere Aufnahme zeigt die Anordnung der Stabilisierungsläche, die kreuzweise liegen; die Beschädigung scheint, soweit es sich nach den vorliegenden Meldungen beurteilen läßt, an der linken Fläche, und zwar auf der unteren Seite, eingetreten zu sein.